

Vermittlungsausschuss angerufen

Trotz intensiver Vorverhandlungen ist die selbstgesetzte Frist, einen eigenen Beschluss zur Übernahme des Bundesbeschlusses vom Juni 2012 bis zum 30.04.2013 zu fassen, ohne mehrheitsfähiges Ergebnis zu Ende gegangen.

Somit sahen sich beide Seiten veranlasst, ihre inhaltlich weit auseinander liegenden Anträge in das Vermittlungsverfahren zu geben.

Der Antrag der Mitarbeiterseite beinhaltet die 1:1 Übernahme des Bundesbeschlusses mit zeitlicher Anpassung der Termine für das Inkrafttreten der „neuen“ Urlaubsregelung ab 2014 (29 Tage, 30 Tage ab dem 55. Lebensjahr). Für 2012/2013 gelten 30 Tage für alle.

Die Dienstgeber brachten Ihr Eckpunktepapier vom 21.03.2013 ein. Dieses beinhaltet u.a.: Nullrunde für KollegInnen in der stationären und ambulanten Altenhilfe, im Sozial- und Erziehungsdienst und für Auszubildende, eine Absenkung der Vergütungen für KollegInnen in den unteren Lohngruppen um 20 %, die Erhöhung der Vergütungen für KollegInnen in den Krankenhäusern und Kindertagesstätten um 4,2 % statt um 6,3 %, wie im Bundesbeschluss vereinbart.

Unsere Einschätzung

Drei zurück liegende Tarifrunden, drei erfolglose Versuche, auf regulärem Weg einen mehrheitsfähigen Kompromiss auszuhandeln, drei mal wurde eine Entscheidung nur über den Vermittlungsausschuss möglich!

Wahrlich keine Erfolgsgeschichte, sondern deutlicher Ausdruck von Schwierigkeiten, die im Dritten Weg auftreten, wenn Arbeitgeber wegen unzureichender Finanzierung sozialer Dienstleistungen ihre einseitigen ökonomischen Interessen als „Lohndiktat“ durchsetzen.

Wenn wir nicht dauerhaft von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden wollen, müssen wir die unzureichende Finanzierung sozialer Dienstleistungen endlich öffentlich machen und skandalisieren.

Dies sollte auch das Interesse der Dienstgebervorteiler sein, endlich ihre Möglichkeiten zu nutzen, um auf die Missstände der Refinanzierung an entscheidenden Stellen einzuwirken.

(Unsere) Soziale Arbeit ist mehr wert!

Ost-West-Vergleich

Traurig, aber wahr! Fast 25 Jahre nach der Wende sollen KollegInnen in den neuen Bundesländern auf Gehaltsniveaus der 90er Jahre zurückfallen. Die Angleichung der Ost-Vergütungen auf West-Niveau soll bei der Caritas weiterhin auf unabsehbare Zeit auf sich warten lassen.

Vielen Dank an unsere KollegInnen

Über 2000 Unterschriften haben innerhalb einer Woche die Geschäftsstelle in Freiburg erreicht! Allen KollegInnen, die sich durch ihre Beteiligung deutlich zu Wort gemeldet haben, sagen wir herzlichen Dank! Wir brauchen diese Solidarität und Unterstützung, um unsere Verhandlungsposition zu stärken und gemeinsam mit der Mitarbeiterschaft handlungs- und aktionsfähig zu werden.